

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/40

27. Februar 1975

Praktische Arbeit und Theoriediskussion

Vor dem Wiesbadener Kongreß der Jungsozialisten

Seite 1 / 44 Zeilen

Geht Strauß an die Front?

CDU/CSU-Differenzen treiben der Entscheidung zu

Seite 2 / 43 Zeilen

Die CDU ist an Tatsachen nicht interessiert

Die Rolle der Opposition beim Transitverkehr:  
1972 und jetzt

Von Dr. Ulrich Döbber MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 66 Zeilen

Knüppel ersetzen keine Argumente

Zu den Auseinandersetzungen um den Bau des Kernkraft-  
werks in Wyhl

Von Gerhard Flönig MdB

Mitglied des Ausschusses für Energie, Forschung und  
Technologie des Europäischen Parlaments

Seite 5 und 6 / 78 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 128 408  
Präsenzhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 38  
Telex: 08 86 846 - 46 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

## Praktische Arbeit und Theoriediskussion

---

### Vor dem Wiesbadener Kongreß der Jungsozialisten

Der Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD hat noch gar nicht begonnen und schon kennen die der Opposition nahestehenden Presseorgane den Verlauf. In einstimmigem Chor singen sie das Lied von den "schweren Auseinandersetzungen" zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Jugendorganisation seiner Partei: Ein Hit, der mittlerweile zum Evergreen geworden ist. Die Strategie ist einfach: Im Vorfeld des am Freitag beginnenden Wiesbadener Kongresses soll unter allen gewünschten Umständen der "große Konflikt" zwischen den Jusos und der SPD-Spitze heraufbeschworen werden, um anschließend den Knüppel gegen die gesamte SPD aus dem Sack zu lassen.

Die Stärke der Jungsozialisten war es in der Vergangenheit, vermeidbare Ungereimtheiten aufzuzeigen und auf mögliche Fehlentwicklungen hinzuweisen. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Nur muß die Frage aufgeworfen werden, ob dies immer in der richtigen Tonlage geschieht. Die Partei lebt gewiß von der ständigen Diskussion, die auch hart sein kann, aber auf jeden Fall geführt werden muß. Hier allerdings gilt es aufzupassen und deutlich zu machen, daß die Jungsozialisten bei der Vertretung ihrer politischen Thesen keinen Absolutheitsanspruch stellen. Die Partei - einige wenige mögen dies bedauern - hat ein breiteres Spektrum, und das muß so bleiben.

Gut beraten wären die Jungsozialisten auch, wenn sie in Wiesbaden nicht nach dem Motto "Schlägst Du mich, dann schlage ich Dich" verfahren würden. Richtig ist, daß in der innerparteilichen Auseinandersetzung mit den Jungsozialisten nicht immer zimperlich verfahren worden ist. Sicherlich wird aber auch niemand behaupten wollen, daß die Jungsozialisten bei der Wahl ihrer Umgangsformen immer Musterknaben waren. Wiesbaden könnte die Chance bieten, daß man innerparteilich endgültig wegkommt von der personenbezogenen Konfliktsuche und stattdessen eine sachliche, inhaltliche Auseinandersetzung führt. Dies könnte in der Tat ein Schritt zur Verbesserung des Verhältnisses weiter Kreise der Partei zu den Jungsozialisten sein.

Noch eines sei am Vortag des Juso-Bundeskongresses angemerkt: Niemand will den Jungsozialisten eine Theoriediskussion streitig machen. Jedermann weiß, daß die gesamte Partei in den letzten Jahren von den Theoriebeiträgen der Jusos profitiert hat, wenngleich es auch Beiträge gab, die zwar in der Öffentlichkeit Wellen schlugen, tatsächlich aber nicht einmal als Seminararbeit Beachtung finden sollten. Theoriediskussionen können auch übertrieben werden. Ein hohes Abstraktionsniveau kann abschreckend wirken. Und wer ausschließlich theoretisiert, verliert recht schnell das Augenmaß für die tägliche politische Arbeit. So wichtig also Diskussionen über die Situation der Partei und über Reform und Staat auch sind, sie sollten den Kongreß nicht ausschließlich beherrschen. Es darf nicht vergessen werden, daß Jungsozialisten als Pioniere der Partei auch praktische Arbeitsfelder zu besetzen haben, um ihrer Aufgabe im täglichen Kampf mit dem politischen Gegner gerecht zu werden. Und das heißt konkret: Jugendpolitik, Schülerarbeit, Arbeit im ländlichen Bereich.

Gode Japs  
(-/27.2.1975/hgy/pr)

+ + +

### Geht Strauß an die Front?

#### CDU/CSU-Differenzen treiben der Entscheidung zu

Auch wer die Zeichen der Zeit aufmerksam verfolgt, wird trotzdem mit einiger Überraschung feststellen, daß die Springer-Pressen, bisher völlig auf den Beschuß der SPD ausgerichtet, plötzlich noch einen zweiten Gegner erbenacht: die CDU, soweit sie nicht in Dreggers Strauß-Fuhrwasser segelt, und den Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl, soweit er dem Springer-Favoriten Franz Josef Strauß im Wege steht. Axel César Springer, dessen Beziehungen zur Kohl-CDU immer deutlicher abgekühlt sind, hat sich an die Seite des konservativen Bayern gestellt und läßt landauf landab mit millionenaufwendigen Plakaten verkünden: "Franz Josef Strauß - Deutschland Deine Zukunft."

Der als "persönliche Aktion" verkaufte Vorstoß des Strauß-Stellvertreters Dr. Franz Heubl, der unter Nichtachtung einer verbindlichen CDU/CSU-Abmachung die Kanzlerkandidaten-Kür so weit wie möglich in den Herbst verschoben wollte, hat der Bonner CDU-Führung unleugbar bewiesen, daß die Münchner CSU-Führung auf harten Gegenkurs gegangen ist. Strauß will seinen Gegner Kohl, den er schon einmal zur Aufgabe eines fest vereinbarten Kanzlerkandidaten-Termins, nämlich Ende 1974, gezwungen hat, erneut demütigen. Der CDU-Vorsitzende hat, wie aus seiner Umgebung berichtet wird, "eiskalt und verärgert" reagiert und seinen Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf angewiesen, jetzt Nägel mit Köpfen zu machen. Die CDU will, so sagt sie, auf dem Kürtermin von Ende Mai/Anfang Juni beharren und ihrem Mannheimer Parteitag von Mitte Juni offiziell und formell mitteilen, wer Kanzlerkandidat der Unions-Parteien ist: nämlich Dr. Helmut Kohl.

Man wird auf die Reaktion der Münchner CSU-Führung auf diese offene Herausforderung Kohls gespannt sein können. Der Heubl-Vorstoß läßt Strauß wenig Bewegungsraum. Die CSU steht vor einer Alternative: entweder akzeptiert sie den Kohl-Termin und wertet den CDU-Vorsitzenden damit in einer Weise auf, die den persönlichen Wünschen und Erwartungen des CSU-Vorsitzenden aufs Höchste abträglich sein muß. Dabei sollte man nicht vergessen, daß Strauß am 15. September 60 Jahre alt wird und in der Bundestagswahl 1976 seine letzte Chance sehen muß. Seine Hauptkonkurrenten Dr. Kohl und Dr. Gerhard Stoltenberg sind 44 und 46 Jahre. Oder, und das ist die andere Seite der Alternative: Die CSU bestätigt die Heubl-Position und wirft der CDU damit den Fehdehandschuh hin.

Es gibt prominente Leute in der CSU-Führung, die diese Alternative bevorzugen, weil sie glauben, daß die Zeit gekommen ist, in der man Strauß an die Front schicken muß. Springer jedenfalls tut dazu, was er kann.  
(ee/27.2.1975/bgy/ee)

+ + +

Die CDU ist an Tatsachen nicht interessiert

Die Rolle der Opposition beim Transitverkehr: 1972 und jetzt

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Weil die Ostverträge nichts wert wären, sei auch der Transitverkehr durch die DDR permanent in Gefahr, behauptet die CDU im Berliner Wahlkampf. Die Deutschland-Direktoren der drei westalliierten Fluggesellschaften wissen es besser, denn ihre immer noch rückläufigen Passagierzahlen auf den Berlin-Strecken zwingen sie nunmehr dazu, im Sommerflugplan 1975 weitere 28 Flüge täglich zu streichen. Alles steigt um auf den unkontrollierten Landweg mit Bahn und Auto.

Die Opposition könnte sich anhand eigener früherer Initiativen ein Bild vom Resultat dieser Ostpolitik, vom Transitabkommen, machen. Seit dem 13. Februar 1975 liegt als Bundestagedrucksache 7/3230 der Bericht über die Erfahrungen mit der Verplombung von Gütertransporten auf den Transitstrecken vor. Angefordert wurde er durch Bundestagsbeschluss vom 17. Mai 1972, "nach einer angemessenen Frist über Erfahrungen mit der Verplombung von Leerfahrzeugen zu berichten".

Zuständiger Berichterstatter im Bundestag für das Verplombungsgesetz, das für alle Transporte zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet einen Zollverschluss vorschreibt, war ich gewesen. Das Gesetz hat sich inzwischen bewährt. In einem kurzen Arbeitsvorgang von zwei bis drei Minuten legen in Helmstedt oder Berlin-Dreilinden die Zollbeamten Plomben an die Verschlüsse und der Lastzug rollt unkontrolliert durch die DDR. Dies geschieht seit dem 1. Januar 1974 ohne Ausnahme. Zu Beschwerden ist es, wie der Bericht des Bundesfinanzministeriums zeigt, bisher nicht gekommen.

Streit hatte es 1972 bei der Beratung des Gesetzes über die Frage gegeben, ob auch leere Lastwagen (und Schiffe) zu verplomben wären. Nach längerem Abwägen des Für und Wider habe ich mich damals für die ausnahmslose Verplombung entschieden, weil ich die DDR-Kontrollleute ausnahmslos von unseren Fahrzeugen ferngehalten sehen wollte. Ich wollte ihnen auch den Vorwand nehmen, gegebenenfalls feststellen zu wollen, ob ein Schiff oder Laster nun wirklich be- oder entladen ist. Nicht umsonst hatten wir Berliner ein Vierteljahrhundert für die Beobachtung kommunistischer Praktiken Lehrgeld zahlen müssen.

Die Haltung der CDU im Frühjahr 1972 steckte voll grenzenloser Heuchelei. In Berlin sperrte sich das Speditionsgewerbe gegen den Ver-

plombungszwang, weil technische Veränderungen an den Lastwagen nötig wurden. Dafür hatten sie angeblich kein Geld (rd. 5.000 DM pro Fahrzeug). Wir haben ihnen darauf im Bundeshaushalt zinsgünstige Umstellungskredite bereitgestellt - die sie später nicht abgerufen haben...! Mit der Fernfahrer-Lobby im Rücken wollte die CDU den Umfang der Verplombungspflicht möglichst kleinhalten. Mein Standpunkt, daß auf westlichen Fahrzeugen DDR-Zöllner künftig überhaupt nichts mehr zu suchen hätten, wurde von den Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten Lieselotte Berger und Dr. Johannes Gredl verniedlicht. Ihr damaliger Bremer Kollege Krammig fand im Finanzausschuß eine umwerfende Begründung, als er scheinheilig argumentierte: Da die Regierungsparteien nun mit Sowjetunion und DDR Verträge schließen, so hätten sie doch auch keine Veranlassung mehr, am guten Willen der Vertragspartner zu zweifeln, womit sich das Problem des Mißtrauens gegenüber DDR-Zöllnern und Volkspolizisten von selbst verflüchtigt...

Die SPD hat sich nicht auf die Verharmlosigkeitstaktik der Mitarbeiterin Berger eingelassen, weil sie wußte, daß einmal der DDR eingeräumte Kontrollrechte kaum zu widerrufen sein würden. Die SPD kam aber der Opposition soweit entgegen, daß die Bundesregierung nach einem gewissen Erfahrungszeitraum zum Bericht aufgefordert wurde, ob der Verplombungsumfang nicht reduziert werden könnte. Jetzt liegt dieser Bericht vor. Er verweist auf die guten Erfahrungen mit dem Verplombungsgesetz in dem bisherigen Ausmaß. Von den Fernfahrern werden inzwischen nicht einmal jene Ausnahmenvorschriften in Anspruch genommen, wonach bei leeren Straßenfahrzeugen die Verplombung der Verschlüsse dann unterbleiben kann, sobald die Plane an der Seite aufgerollt wird. Mit anderen Worten: Die Leute von den dicken Brummern sind zufrieden.

Dies ist das Fazit einer CDU-Initiative nach 13 Monaten geltender Praxis im Berlin-Verkehr. Die CDU ist an den Tatsachen längst nicht mehr interessiert; den Bericht hat sie nicht einmal kommentiert. Über ihre Vorbehalte aber ist die Entwicklung hinweggegangen.

(-/ 27.2.1975/bgy/ee)

+ + +

### Knüppel ersetzen keine Argumente

Zu den Auseinandersetzungen um den Bau des Kernkraftwerks in Wyhl

Von Gerhard Flämig MdB

Mitglied des Ausschusses für Energie,  
Forschung und Technologie des Europäischen Parlaments

Etwa 10.000 Menschen vom Kaiserstuhl und aus dem benachbarten Elsaß haben an einer Großkundgebung gegen den Bau eines Kernkraftwerkes in Wyhl teilgenommen. Und 1.000 Demonstranten erreichten nach Besetzung der Baustelle, daß die Vorarbeiten am Kernkraftwerk bis Ende März eingestellt wurden. Es gehört wenig Phantasie dazu sich auszumalen, was geschehen wäre, wenn die baden-württembergische Landesregierung weiterhin auf Polizeieinsatz bestanden hätte. Wahrscheinlich wären am nächsten Wochenende hunderttausend Bürger aufmarschiert, und niemand vermag zu sagen, ob nicht noch Blut geflossen wäre! Mit Polizeiknüppeln lassen sich Argumente nicht entkräften, vor allem nicht der Einwand, daß die Landesregierung zumindest das ausstehende Verwaltungsgerichtsurteil über die Rechtmäßigkeit der Baugenehmigung hätte abwarten müssen.

Wer nun annimmt, hier handle es sich um eine reine Landesangelegenheit, der irrt. Gewiß ist die Stuttgarter Landesregierung die zuständige Genehmigungsbehörde. Die Planung und der Bau von Großkraftwerken geschehen aber im Rahmen des Energieprogramms der Bundesregierung und in enger Abstimmung mit dem Energieprogramm der Europäischen Gemeinschaft. Jede Verzögerung im Kraftwerkbau hat unmittelbare und mittelbare Rückwirkungen auf den Stromverbund der Bundesrepublik und ihrer Nachbarstaaten. Jede solche Verzögerung vergrößert die Gefahr einer Energielücke in den 80er Jahren und geht uns alle an. Stromausfälle - den Älteren aus der Kriegszeit noch in unliebsamer Erinnerung - will keiner. Aber Kraftwerke in der Nachbarschaft will auch kaum jemand. Also geht es nach dem bekannten Spruch: Heiliger Florian, verschon mein Haus, zünd' andere an!

Bei solchen Überlegungen ist es von untergeordneter Bedeutung, ob Kohle-, Öl-, Gas- oder Kernkraftwerke errichtet werden. Die einen stoßen Schwefeloxyde und Aesche, die anderen Stickoxyde aus. Und Kernkraftwerke, aus denen angeblich keine radioaktive Edelgase entweichen, benötigen besonders große Kühltürme, aus denen bei Kühler Mitterung Dampfschwaden ziehen. Das ist das Problem auch am Kaiserstuhl. Die einen fürchten, der Wein könne aus Mangel an Sonne sauer geraten; die anderen fürchten um die Qualität von Obst und Gemüse im eigenen Garten; und alle gehen auf die Barrikaden, mit Ausnahme der Einwohner der Gemeinde Wyhl, die an gewaltige Steuereinnahmen für den Gemeindegürtel danken.

Was ist also zu tun? Einen neuen Standort suchen? Wie man hört, haben Fachleute längst die Flußläufe der Bundesrepublik nach geeigneten Kraftwerkstandorten abgesehen. Möglicherweise gäbe es tatsächlich noch bessere Standorte. Doch dazwischen liegen die Konzessionsgebietsgrenzen. Was dem RWE recht ist, ist dem Bayernwerk noch lange nicht billig. Im Fall Wyhl haben wir es mit dem Konzessionsgebiet des Badenwerkes zu tun. Solche Sorgen drücken die benachbarte Electricité de France nicht. Deren Kernkraft-

werk Fessenheim schreitet im Bau munter voren. Also eine Art Electricité von Deutschland schaffen? Um Himmelawillen! Die Fachleute winken entsetzt ab. Viele Verbraucher sind allerdings anderer Ansicht. Sie merken schon seit vielen Jahren nichts mehr von "echtem Wettbewerb" auf dem Stromsektor.

Eine andere Frage ist, ob moderne Kühltürme tatsächlich das Klein-klima verändern und ob Kernkraftwerke wirklich eine zusätzliche Gefahr darstellen. Bei der Suche nach objektiv wahren und richtigen Antworten, ist, das muß man leider sagen, die Masse der Bürger unseres Landes weitgehend allein gelassen worden. Zwar fehlt es nicht an Literatur und auch nicht an selbsternannten "Aufklärern". Schaut man sich diese Leute etwas näher an, stellt man jedoch rasch fest, daß die einen zur großen Gruppe der Verharmloser und die anderen eher in die Kategorie der Panik-macher gehören. Die Wahrheit liegt sicherlich auch hier in der Mitte. Und diese muß an den Bürger herangebracht werden. Das ist eine dringende und echte Aufgabe der Bundesregierung, der Landesregierungen und sogar der Europa-Kommission in Brüssel.

Alle anderen, ob Kraftwerksbetreiber, Umweltschützer oder Bürgerrechtskämpfer, gelten als voreingenommen. Die von Parlamenten kontrollierten Regierungen sind noch am ehesten berufen, hier echte Aufklärungsarbeit zu leisten. Da genügen nicht bunte Broschüren, und auch Zeitungsanzeigen allein reichen nicht aus. Es muß jedes Mittel der Massenaufklärung genutzt werden, um möglichst vielen Bürgern unseres Landes klar zu machen, daß wir alle wie weiland Odysseus zwischen zwei Übeln hindurchsegeln müssen, daß uns aber keine Wahl bleibt, als dies zu tun, wenn wir in unserem Lande auch in zehn und zwanzig Jahren noch genügend Energie für den hohen Lebensstandard der Menschen und die technischen Erfordernisse der Wirtschaft haben wollen.

(-/27.2.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller